

KLAUS HÖPCKE

Das »Auffliegen« des Reichstags 1933

Mittäter beim Erdrosseln des Parlaments:
sieben bürgerliche Parteien. Vor 75 Jahren
stimmten sie für Hitlers totale Macht

Trotz der durch die Reichstagsbrandprovokation vom 27. Februar 1933 ausgelösten Polit-Psychose gelang es der Nazi-Partei bei den am 5. März 1933 veranstalteten Reichstagswahlen nicht, die Mehrzahl der Mandate zu erreichen. Sie landeten bei 43,9 Prozent der Stimmen. Das verunsicherte Hitler: Konnten so – selbst im Bunde mit den von Hugenberg geführten Deutschnationalen und bei Unterstützung durch die Abgeordneten der Fraktionen der übrigen bürgerlichen Parteien – Zwei-Drittel-Mehrheiten für verfassungsändernde Gesetze zustande kommen? Kurzerhand wurden am 9. März 1933, vier Tage nach den Wahlen, die Mandate der 81 gewählten KPD-Abgeordneten annulliert, viele der Abgeordneten wurden verhaftet.

Sechs Millionen Wählerstimmen ausgelöscht – 81 KPD-Mandate geraubt

Wirkliche Demokraten unter den im Reichstag verbliebenen Abgeordneten hätten gesagt: Dies ist nun nicht mehr das Parlament, das gewählt wurde. Es ist nicht befugt, irgendwelche gesetzgeberischen Akte vorzunehmen. Die KPD-Abgeordneten sind sofort freizulassen; ihre rechtmäßigen Mandate sind ihnen wiederzugeben. Von den im Reichstag Verbliebenen hat keiner solche Feststellungen getroffen, solche Forderungen erhoben. Ein deutliches Zeichen dafür, dass mit der Austreibung der Kommunisten aus diesem Haus die Lähmung jeglichen demokratischen Verantwortungsbewusstseins bei allen zunächst noch Geduldeten einherging.

In seiner Schrift »Vor den Ruinen Deutschlands«, einem »Aufruf zur geschichtlichen Selbstbesinnung« schreibt F. A. Kramer: »Auf der äußersten Linken sind ... etwa 100 Sitze leer. Die 81 kommunistischen Abgeordneten und 20 sozialdemokratische Parlamentarier sind durch Fahndungsbefehl, Festnahme, Schutzhaft oder ähnliche polizeiliche Mittel von der Sitzung ferngehalten. Die Mehrheitsverhältnisse der Reichtagssitzung sind damit völlig verschoben. Jetzt erweist sich auch, weshalb Hitler die Kommunistische Partei, die er als des Hochverrats überführt bezeichnet hatte, nicht schon vor den Wahlen aufgelöst und verboten hat. In diesem Falle wären ihre Stimmen und Mandate der sozialdemokratischen Nachbarpartei zugewandert. Dadurch, dass er sie jedoch zunächst wählen ließ, dann *aber am Betreten des Reichstagsgebäudes verhinderte*, hat er mehr als 6 Millionen Wählerstimmen in das Nichts, ins Leere abgeleitet.«¹

Die so fabrizierte Wahlfälschung führte dazu, dass der prozentuale Anteil der Nazis an der Gesamtzahl der Abgeordneten nicht dem

Klaus Höpcke – Jg. 1933, 1973-1989 stellv. Minister für Kultur der DDR, 1990 Abgeordneter der Volkskammer, 1990-1999 Abgeordneter des Thüringer Landtages sowie in PDS-Vorstandsfunktionen. Zuletzt in UTOPIE-kreativ: Die moralische Lücke, Heft 147 (Januar 2003).

Dem hier publizierten Beitrag liegt das aktualisierte Manuskript eines Kolloquium-Vortrages zugrunde, den der Autor in einer am 24./25. Januar 2003 in Jena vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. zum Thema »Erfahrung 30. Januar 1933. Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik« veranstalteten Tagung gehalten hat.

1 F. A. Kramer: Vor den Ruinen Deutschlands. Aufruf zur geschichtlichen Selbstbesinnung, Historisch-Politi-

Wahlergebnis entsprechend 43,9 Prozent, sondern nun 53,5 Prozent betrug.

So konnten »Dr. Frick, Dr. Oberfohren und Genossen« zur Anzettelung der nächsten Untat schreiten. Sie stellten den Antrag: »Der Reichstag wolle beschließen: folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige (!) Zustimmung zu erteilen: Entwurf eines Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich«. Die »Drucksache« mit dem Entwurf des Gesetzestexts ist am 21. März 1933 ausgegeben worden. Bis zur Reichstagssitzung am 23. März hatten die Abgeordneten zwei Tage Zeit, über die fünf kurzen, jeweils nur einige Zeilen langen Artikel des vorgesehenen Gesetzes nachzudenken. Wirkliche Demokraten musste Abscheu erfüllen, wenn sie lasen, was ihnen da beschließen zu wollen zugemutet werden sollte: Entmachtung des Parlamentsrests Reichstag, Ermächtigung der Reichsregierung, des Hitler-Kabinetts. Und zwar beides total. Dazu nochmals F. A. Kramer: »So wird einem Catilina die Legalität zugesprochen! Kein Cicero tritt gegen ihn auf, um die Gültigkeit der Wahlen in Zweifel zu ziehen, die Rechtswidrigkeit der Festnahme von Abgeordneten klarzustellen, die formelle und materielle Rechtswidrigkeit des Ermächtigungsgesetzes darzulegen, den Reichspräsidenten vor seiner Unterzeichnung zu warnen, die Länder auf ihre Bedrohung hinzuweisen, an den Staatsgerichtshof als den Hüter der Verfassung zu appellieren, das Volk gegen die Beseitigung seiner Vertreter aufzurufen.«²

Artikel 1 bestimmte: »Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden.« Artikel 2 besagte: »Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen ...« In Artikel 3 hieß es: »Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.«³

94 mutige SPD-Abgeordnete

Konnte diese Ungeheuerlichkeit noch gekippt werden? Ich meine, diese Chance bestand. Ohne in Illusionen darüber zu verfallen, was die Nazis im Gefolge eines Scheiterns ihres Vorstoßes unternommen hätten, bleibt als unbestreitbare Tatsache festzustellen: Die Stimmen der Abgeordneten der Nazi-Partei allein hätten nicht gereicht, das Gesetz durchzubringen. Wie verhielten sich angesichts dessen die nach dem Raub der Mandate der KPD-Abgeordneten im Reichstag übrig gebliebenen Abgeordneten? Wie gingen sie mit den Möglichkeiten um, das Gesetz zu befürworten oder abzulehnen? Eine Ablehnung hätte das so sehr auf »zügig-zügig« und »von den gewählten Volksvertretern gedeckt« angelegte Manöver der sich weiter etablieren wollenden Nazi-Diktatur empfindlich gestört. Die Hitler-Partei wäre vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit blamiert worden.

94 Abgeordnete der SPD stimmten mit Nein; 20 weitere sozialdemokratische Abgeordnete, die das wohl auch getan hätten, konnten – wie erwähnt – an der Sitzung nicht teilnehmen, weil sie wie

scher Verlag Koblenz, o. J. (vermutlich 1946), S. 58.

2 Ebenda.

3 »Verhandlungen des Reichstags, VIII. Wahlperiode, Band 457, Stenographische Berichte/Anlagen zu den Stenographischen Berichten/Sach- und Sprechregister«, Berlin 1934, Druck und Verlag der Reichsdruckerei; einsehbar z. B. in der Bibliothek der Berliner Außenstelle des Bundesarchivs in der Finckensteinallee; auszugsweise nachgedruckt in der FAKSIMILE EDITION des Augsburgers Weltbild-Verlags, Folge 17, Dokument 1.

4 In dem von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Niemann 1982 im Dietz Verlag Berlin vorgelegten Band »Geschichte der deutschen Sozialdemokratie« ist Otto Wels' Rede ebenfalls differenziert gewertet worden, und gewürdigt wurde der persönliche Mut, den die 94 SPD-Abgeordneten bewiesen, als sie ihre Nein-Stimmen abgaben (S. 331).

5 F. A. Kramer: Vor den Ruinen Deutschlands ..., a.a.O., Anmerkung 1. Übrigens hatten sich Otto Buchwitz, Otto Grotewohl, Ernst Reuter und andere in der SPD-Fraktionsberatung für ein Fernbleiben von dieser Reichstagssitzung ausgesprochen, blieben aber in der Minderheit.

ihre kommunistischen Abgeordnetenkollegen verhaftet worden waren. Otto Wels hielt vor der Abstimmung eine Rede, die nicht frei von kritikwürdigen Äußerungen der Anbiederung, z. B. an die Nazi-Außenpolitik war. Solche Redepassagen schmälerten das Gewicht des Nein, wie erst recht drei spätere beschämende Handlungen es zu entwerten geeignet waren: die am 17. Mai von 65 SPD-Abgeordneten gegebene Zustimmung zum außenpolitischen Programm der Hitler-Regierung, die Austrittserklärung der SPD aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Beschluss einer von Paul Löbe geleiteten Funktionärskonferenz, alle jüdischen Parteimitglieder aus dem Vorstand zu entfernen. Otto Wels, dem Redner vom 23. März, darf, weil er das Nein begründete, dennoch eine gewisse Portion Mut bescheinigt werden. Ja, angesichts des Grölens der während der Reden Hitlers und Görings in Rage geratenen Nazi-Abgeordneten in der Kroll-Oper, wo der Reichstag zusammengekommen war, braucht man nicht zu zögern, von einer gehörigen Portion Mut zu sprechen, die für eine Gegenrede aufgebracht werden musste.⁴

Was das Verhalten während der Abstimmung betrifft, wird von verschiedenen Autoren der Würdigung des Nein der sozialdemokratischen Abgeordneten die Erwägung hinzugefügt, dass ein Auszug aus der Reichstagssitzung zum Zeitpunkt der namentlichen Abstimmung ein beträchtlich größeres politisches Gewicht gehabt hätte, weil dadurch »die Abstimmung unmöglich geworden wäre, weil die Anwesenheitsziffer nicht ausgereicht hätte«. So sah es z. B. der bereits zitierte F. A. Kramer.⁵

Bürgerliche Pro-Nazi-Stimmen: 156

In den Reichstag waren 1933 neben Kommunisten und Sozialdemokraten auf der einen und NSDAP-Mandatsinhabern auf der anderen Seite Abgeordnete von sieben bürgerlichen Parteien gewählt worden. Wie verhielten sich diese, als es darum ging, zu Hitlers willigen Helfern bei der Zerstörung der Demokratie zu werden oder als Gegner von Demokratie-Zerstörung zu agieren? Einzelne Abgeordnete dieser Parteien warnten im Verlauf interner Fraktionsberatungen am 22. März vor einer Zustimmung, darunter – Tatsachen sind Tatsachen – der einstige Notverordnungskanzler Heinrich Brüning von der Zentrumspartei. Die Warner blieben aber in allen diesen Parteien in der Minderheit. Und unter dem Regime des Fraktionszwangs unterwarfen sie sich der Zustimmungslinie ihrer Führungen.

72 Abgeordnete des Zentrums, 53 Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei, 19 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, fünf Abgeordnete der Deutschen Staatspartei, vier Abgeordnete von Volksdienst (Evangelische Bewegung), zwei Abgeordnete der Deutschen Bauernpartei und ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei stimmten mit Ja. Also: von den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien im Chor ein hundertsechsfünftzigfaches »Ja. Ja. Ja. Ja. Ja ...« zu Hitlers absoluter Ermächtigung.⁶

Summierte man die 288 unmittelbaren Stimmen der Nazis mit diesen 156 Pro-Nazi-Stimmen, ergaben sich 444. Mit dieser Menge hatte man bei einer Gesamtzahl von – nach der Wahlfälschung vom 9. März noch verbliebenen – 538 Abgeordneten jene zwei Drittel

6 Siehe auch Faksimiles aus dem Reichstagsprotokoll.

»im Kasten«, um den Reichstag, dessen Gebäude durch die Brandstiftungsprovokation vom 27. Februar 1933 zur Ruine gemacht worden war, nunmehr auch von der politischen Substanz her zu vernichten.

Erbärmlichkeiten – zitierte und weggeschwiegene

Wie von tonangebenden Autoren bundesdeutscher Geschichtsschreibung mit solchen Tatsachen, Umständen, Verhältnissen politischen Handelns verfahren wird, davon vermittelt einen anschaulichen Eindruck Werner Maser in seinem Buch »Das Regime«, dessen erste Ausgabe 1983 erschienen ist und das 1990 vom Berliner Dietz Verlag übernommen wurde. Beim Hören oder Lesen des gleich folgenden längeren Zitats aus diesem Buch – der Maserschen Kommentare zu Wels' Rede – möge man sich, bitte, immer wieder vor Augen halten: Zum Chor der 156 bürgerlichen Ja-Sager zu Hitler im Reichstag findet sich in diesem Buch keine Zeile. Darauf einzugehen, wäre unbequem. Die Bewusstseinsverdunkelung mit Mitteln der Geschichtsschreibung würde gestört. Also wird so etwas weggeschwiegen. Umso mehr ein Grund für uns, nach dem Wels betreffenden Zitat auf ein paar Personen der bürgerlichen Ja-Sager zu Hitler im Einzelnen zurückzukommen, Ja-Sager im Reichstag sowie in kommunaler und Verbandssphäre.

Hier zunächst Maser über Wels: »Manche Mythen und Legenden leben ewig. Hätten die Nationalsozialisten den vollen Wortlaut der Wels-Entgegnung auf Hitlers Regierungserklärung und Begründung des Ermächtigungsgesetzes publiziert, wären beide schwerlich entstanden. Wels' Ausführungen wurden nur deshalb zum Ereignis, weil alle anderen Hitler-Gegner im Reichstag schwiegen. Was er in Anwesenheit seiner Fraktionskollegen sagte, von denen Severing und Leber beim Betreten des Reichstages verhaftet worden waren, war angesichts des gravierenden Verlustes an Demokratie, Freiheit und Recht, die das Ermächtigungsgesetz mit sich bringen musste, eher zurückhaltend und dürftig als besonders mutig und bedeutend. Was er dem knapp acht Wochen im Amt befindlichen Reichskanzler Hitler namens der SPD entgegenhielt, verriet zwar bemerkenswerten politischen Instinkt; aber ein ›Aufschrei‹ gegen die unmittelbar bevorstehende Sanktionierung des Unrechts war es nicht. Er begann seine Erwiderung auf die Erklärung des ›Herrn Reichskanzlers‹ mit der Feststellung, dass die SPD den außenpolitischen Forderungen Hitlers nachdrücklich zustimmte, und erinnerte daran, dass er, Otto Wels, es gewesen sei, der sich ›als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz vom 5. Februar 1919‹, gegen die Behauptung gewandt habe, dass Deutschland allein schuld ›am Ausbruch des Weltkrieges‹ gewesen sei. Dann bestätigte er die Übereinstimmung der Sozialdemokraten mit dem Inhalt des vom ›Herrn Reichskanzler‹ am 21. März gesprochenen Satzes ›Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnwitz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft‹ und gestand der (von der SPD bis dahin wegen der beispiellosen Ausschaltung des Reichstages kritisierten) Regierung Hitler das Recht zu, sich ›gegen rohe Ausschreitungen der Politik (hier zitiert Maser falsch, denn laut Protokoll sagte Wels nicht Poli-

tik, sondern Polemik, K. H.) zu schützen< und ›Aufforderungen zu Gewalt und Gewalttaten ... mit Strenge zu verhindern<, solange dies ›nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch< geschehe. ›Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten<, bot er den sich unentwegt sozialistisch gebärdenden Nationalsozialisten an, ›sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz. Eine erdrückende Mehrheit wäre ihnen in diesem Hause gewiß.< Dass die SPD nach ›den Verfolgungen<, die sie ›in der letzten Zeit< habe erfahren müssen, argumentierte er, für dieses Gesetz allerdings nicht stimmen könnte, müsste ›billigerweise< jedermann verstehen, denn sie hätte in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sei dafür von ihren politischen Gegnern ›mit Steinen beworfen< worden. Wels' deklamatorischen Schlusssatz ›Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft<, ›überhörte< Hitler geflissentlich, sein unüberhörbares Angebot zur Zusammenarbeit tat er mit der seit 1933 viel zitierten bissigen Bemerkung ab: ›Spät kommt ihr, aber ihr kommt.<<⁷

7 Werner Maser: Das Regime. Alltag in Deutschland 1933-1945, S. 27/28.

So akribisch Maser Wels' Rede abtastete, so konsequent übergang er, als gäbe es sie nicht, die erbärmlichen Zustimmungserklärungen der Herren Prälat Dr. Kaas (Zentrum), Ritter von Lex (Bayerische Volkspartei), Dr. Maier, Württemberg (Staatspartei) und Simpfendorfer (Volksdienst – Evangelische Bewegung) zu Hitlers Ermächtigungsgesetz.

Wer Geschichtslehrer hatte, die von Professoren wie Maser unterrichtet wurden, war schlecht dran. So Wolfgang Bosbach, MdB, zum Beispiel.

MdB Bosbach streitet mit MdB Stiegler 2002 um Nachfolgeparteien
Im Februar 2002 hatte Rechtsanwalt Ludwig Stiegler, Bundestagsabgeordneter aus Weiden, in der Zuwanderungsdebatte zwischen der regierenden SPD/Bündnis 90-Die Grünen-Koalition und den oppositionellen CDU/CSU- und FDP-Vertretern die letzteren ermahnt, sich gefälligst daran zu erinnern, wie die Parteien, in deren Nachfolge sie angetreten sind, 1933 geholfen haben, Hitler an die Macht zu bringen. Stieglers Kollege Rechtsanwalt Wolfgang Bosbach, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Bergisch Gladbach, meinte den in dieser Ermahnung liegenden Vorwurf zurückweisen zu können, Womit er in blamabler Weise irrte.

Jede seriöse Darstellung von Gründung, überregionaler Formierung, Entwicklung, Programm und Praxis der CDU kommt nicht um die Feststellung herum, dass es ein ehemaliger Zentrumspolitiker war, der die CDU als Sammlungspartei einstiger Anhänger des vor allem katholisch geprägten Zentrums und der eher evangelisch orientierten Mitgliedschaft und Wählerschaft von Deutschnationaler Volkspartei und Deutscher Volkspartei inspirierte: Konrad Adenauer. Die Gründer der CSU waren meist frühere Mitglieder der Bayerischen Volkspartei. Die FDP ist von Spitzenpolitikern der liberalen Hauptparteien der Weimarer Republik gegründet worden: der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. – Was soll angesichts dessen das Bosbachsche Gezeter über die Be-

zeichnung Nachfolgeparteien? Könnte nicht wegen personeller Kontinuitäten sogar von Fortführungsparteien gesprochen werden? Auch programmatische Ähnlichkeiten rechtfertigen durchaus den Hinweis auf eine über die bloße Nachfolge hinausgehende Nähe.

Jasager, Begrüßer, Selbstauflösungsgehilfen Lemmer, Heuss, von Lex, Adenauer und Lübke

Richten wir unseren Blick auf die Ja-Sager-Listen im Deutschen Reichstag 1933, über die manche Politiker und ihnen zur Hand gehende Historiker so gern hinweggeschwiegen sähen, dann bleiben Wiedererkennungseffekte nicht aus. Zum Beispiel: Ja-zu-Hitler-Sager Ernst Lemmer – war der nicht nach 1945 ein Führungsmann der CDU im damaligen Westberlin? Oder: Herr Dr. Theodor Heuss – handelt es sich bei ihm nicht um den nachmaligen Bonner Bundespräsidenten? »Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit« soll ein von ihm wiederholt und mit Inbrunst vorgetragener Spruch gewesen sein ... – womit ja, das sei an dieser Stelle eingeräumt, zwar seinerzeitiges Verhalten nicht ungeschehen zu machen war, doch möglicherweise im Hegelschen Sinne aufgehoben werden sollte durch Lehren ziehende nachträgliche Selbstkritik.

Hierfür spricht auch eine Episode, die mir Wolfgang Leonhard erzählte: »Meine Mutter Susanne Leonhard kannte Theodor Heuss aus der Berliner Sektion des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller, Mitte bis Ende der 20er Jahre, in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Bei den einmal monatlich stattfindenden Treffen gab es damals, wie mir meine Mutter berichtete, zwei große, lange Tische: um den einen saßen alle sozialdemokratischen Schriftsteller, um den anderen die KPD-Schriftsteller. Außerdem gab es noch einen kleinen Katzentisch, um den sich die damals wenigen Schriftsteller Berlins gruppierten, die weder der SPD noch der KPD angehörten. Am Katzentisch saßen unter anderem der Anarchist Erich Mühsam, das Mitglied der Demokratischen Partei Theodor Heuss und meine Mutter, die zwar schon dem illegalen Spartakusbund 1916 und der KP seit ihrer Gründung angehört hatte, aber 1925 aus der KPD ausgetreten war und sich als revolutionäre Linke betrachtete. Im Mittelpunkt aller Tagungen der Berliner Sektion standen die ständigen heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Teilnehmern von der KPD und der SPD an den beiden großen Tischen. So hatten die wenigen Schriftsteller am Katzentisch genügend Zeit, sich auszusprechen und kennen zu lernen.

Jahrzehnte vergingen, bis meine Mutter – nach zehnjähriger Haft im Lager Workuta und anschließender Verbannung nach Deutschland zurückgekehrt – Anfang der 50er Jahre bei der Eröffnung eines Museums Theodor Heuss wiedertraf. Heuss – inzwischen Bundespräsident und dort mit großem feierlichem Gefolge anwesend – begrüßte meine Mutter laut und erfreut: ›Susanne, es freut mich ja so, Sie jetzt wieder hier zu sehen!‹, und ging mit offenen Armen auf sie zu. Aber meine Mutter blieb eisig und sagte nur hart und deutlich: ›Von einem Menschen, der für Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt hat, wünsche ich nicht begrüßt und noch weniger umarmt zu werden.‹ Von Heuss' Umgebung wollten sich einige auf meine Mutter stürzen, weil sie darin eine Beleidigung des Bundespräsidenten

sahen, wurden aber von Heuss zurückgewiesen: ›Bitte lassen Sie das. Susanne Leonhard hat vollkommen recht‹, und an meine Mutter gewandt fügte er hinzu: ›Liebe Susanne, Sie können sicher sein, dass ich meine damalige Zustimmung als den größten und schrecklichsten Fehler meines Lebens erkannt habe, immer wieder an dieses Ereignis denke und stets versuche, diesen grauenvollen Fehler durch meine politische Aktivität wieder gutzumachen.‹ Offenkundig gelang es ihm, meine Mutter allmählich zu überzeugen: Bei aller Härte und Schärfe gegenüber Personen, die sich dem Hitler-System anpassten, hat sie Theodor Heuss davon später stets ausgenommen und positiv betrachtet.«

Und noch ein Beispiel, eines, bei dem von Selbstkritik nie und nirgends auch nur ein Hauch zu spüren war: Jener Ritter von Lex, der, wie erwähnt, namens der Fraktion der Bayerischen Volkspartei am 23. März 1933 die Fürsprache-Rede für Hitlers Diktatur hielt, begegnete der nicht der Öffentlichkeit im Nachkriegs-Westdeutschland als Staatssekretär der Bonner Regierung? Und war es nicht auch ausgerechnet er, den diese Regierung als ihren Vertreter im Verbotsprozess gegen die KPD agieren ließ?

Die Grundqualifikation für eine solche Aufgabe hat Hans Ritter von Lex von Adolf Hitler persönlich erhalten. Die beiden trafen sich am 13. und 14. März 1933 mehrfach in München. Es ging um die Regierungsbildung in Bayern. Akten, die bis 1989 im NS-Archiv des Ministeriums für Staatsicherheit der DDR aufbewahrt wurden und inzwischen im Bundesarchiv zugänglich sind, hat Wolfgang Dierker in seiner jüngst veröffentlichten Dokumentation über Hitlers Koalitionsverhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei vorgelegt.⁸ »Ich will keine Nullen, sondern Bullen«, hat Hitler Lex gesagt, als dieser die Einbeziehung gemäßigterer Politiker seiner Partei zu erwägen gegeben hatte. Für Hitler hatte Lex Eignung zum »Bullen«. Er sah in ihm einen Vertreter des »Frontgeschlechts«. Lex hatte sich an der Niederschlagung der Münchener Räterepublik beteiligt. 1931 bis 1933 war er Landesführer der Bayernwacht, die nach der Zulassung der SS im Juni 1932 aus einzelnen schon bestehenden Gruppen landesweit ausgebaut wurde. Laut den Aufzeichnungen, die Lex über seine »Besprechungen« mit Hitler angefertigt hat, sagte dieser ihm: »Die zwei großen Ziele, die er verfolge, seien: 1.) die willensmäßige Einheit des deutschen Volkes herzustellen. 2.) die Zerschmetterung des Marxismus in Deutschland herbeizuführen.«⁹ Punkt 1 zielte auf Einschränkung der Rechte und Rolle der Länder – dazu brachte Lex ein paar auf Bayern-Interessen bezogene Einwände vor – und Ausschaltung der Parteien. Zu Punkt 2 erklärte Lex laut seiner eigenen Aufzeichnung: »Die Bayerische Volkspartei sei mit der Niederringung des Marxismus einverstanden, aber in Formen, die dem christlichen Sittengesetz entsprechen. Hinsichtlich des Kommunismus, der sich selbst außerhalb des Staates gestellt habe, der die ganze christliche Kultur mit tödlicher Feindschaft bekämpfe, könne die Bayerische Volkspartei in weitest gehendem Maße mitgehen. Dass man das deutsche Volk auch unter Anwendung strengster Methoden von dieser Verseuchung befreie, sei gemeinsame Forderung aller vaterländisch gesinnten Kreise.«¹⁰ Obwohl er zur Sozialdemokratie sagte, ihr gegenüber solle man

8 Wolfgang Dierker: »Ich will keine Nullen, sondern Bullen.« Hitlers Koalitionsverhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei im März 1933, in: Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte, H. 50/2002, Oldenbourg-Verlag München, S. 111-148.

9 Ebenda, S. 128.

10 Ebenda, S. 139.

»weniger die physische Ausrottung als die geistige Überwindung anwenden«, versicherte er zugleich, es widerspreche nicht dem von seiner Partei in Anspruch genommenen christlichen Gewissen, »wenn die politischen Machthaber beispielsweise 1 000 Funktionäre der Sozialdemokratie in Schutzhaft nähmen ... , um eine Gegenaktion in den Tagen der Umwälzung hinten zu halten«, wobei er nicht versäumte, dem Wort »Schutzhaft« die Floskel hinzuzufügen »unter menschenwürdiger Behandlung« und Bedenken dagegen vorzubringen, wenn »politische Gegner willkürlich gegriffen und an die Wand gestellt würden«.

Insgesamt gefiel Lex dem obersten Naziführer als einer der von ihm zu gebrauchenden »Bullen«. Im Herbst 1933 wurde Lex, ohne nominelles NSDAP-Mitglied zu sein, Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium. Staatssekretär im Bundesinnenministerium der BRD wurde er am 17. Oktober 1949. Zuständig war er hier für öffentliche Sicherheit, Verfassung und Staatsrecht. Und dazu gehörte, dass er einer der Hauptbetreiber des Verbotsprozesses gegen die KPD wurde. Im Sinne dessen, was er Hitler am 13. März 1933 versichert hatte, wirkte er auch in der Bundesrepublik dafür, dass man – ich zitiere den Satz aus der damaligen Aufzeichnung noch einmal – »das deutsche Volk auch unter Anwendung strengster Methoden von dieser Verseuchung befreie«, die er in kommunistischen Ideen und den sie vertretenden Menschen sah.

Die Ja-Sager im Reichstag hatten ein Umfeld außerhalb des Parlaments. Auch da wimmelte es von später einem größeren Kreis bekannt gewordenen Personen, die aus der Startphase der Nazi-Zeit alte Bekannte sind. So der spätere Bundeskanzler und vormalige Oberbürgermeister von Köln Konrad Adenauer, dessen Zentrumsfraktion in der Kölner Stadtverordnetenversammlung am 30. März 1933 eine Erklärung abgab, in der es hieß: »Die vom Herrn Reichspräsidenten berufene, durch den erfolgreichen Verlauf der nationalen Revolution bestätigte Regierung darf nicht gefährdet werden, da sonst die Folgen unabsehbar sind. Sie muss unter Würdigung der gegebenen Verhältnisse auf möglichst breite Basis sich stützen können. Wir begrüßen die Vernichtung des Kommunismus und die Bekämpfung des Marxismus, die in dem heutigen Umfange in der Nachkriegszeit bisher nicht möglich war, da der sozialistische Einbruch in das deutsche Volk ab 1918 der katholischen Minderheit nur zur Abwehr schlimmerer Dinge, nicht aber zur Gestaltung des Staates ausschließlich nach unserer Auffassung Raum ließ.«¹¹

Eine ähnliche Wiederbegegnung beschart uns Heinrich Lübke, einer der späteren Bundespräsidenten. Als es Ende Juni/Anfang Juli 1933 an die Selbstauflösung der Reste der bürgerlichen Parteien ging, leistete er, der als Geschäftsführer der Deutschen Bauernschaft (DBs) tätig gewesen war, seinen Beitrag zur Unterwerfung der Angehörigen dieser Organisation unter die Herrschaft der Nazis, indem er am 11. Juli 1933 auf der letzten Tagung des Verbandes in seinen »Abschiedsworten« die Mitglieder aufforderte, in den faschistischen Bauernorganisationen »loyal und positiv« mitzuarbeiten. Eine Lobby, die Lübkes Beteiligung an der Konstruktion von Baracken für KZ nach wie vor leugnet, mag geneigt sein, seine nazibegünstigenden Worte von 1933 ebenfalls abzustreiten. Was sagen die Lob-

11 Quellenangabe in: Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland, in 4 Bänden, hrsg. von Dieter Fricke, Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Erschienen im VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1983, Bd. 1, S. 572 und 573.

12 Vgl. M. d. R.: Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945, Droste Verlag Düsseldorf 1991, S. 853.

byisten aber dazu, dass jene Äußerung belegt ist durch eine Veröffentlichung der »Deutschen Bauernzeitung« vom 23. Juli 1933?¹²

Das politische Verbrechen vom 23. März 1933 bestand in der Auslöschung eines letzten Restbestands parlamentarischer Demokratie in Deutschland. Begangen haben dieses politische Verbrechen Nazi-partei und Deutsch-Nationale Volkspartei, die den Gesetzentwurf gemeinsam einbrachten, als Haupttäter. Als Mittäter beim Erdrosseln des Parlaments und des Parlamentarismus wirkten die Ja-Sager von Zentrum, Volksdienst sowie Bayern-, Bauern-, Staats- und Volkspartei. Wer in deren Tradition steht, hat sehr wohl Grund zu historischer Aufarbeitung. Anlässlich der 75. Wiederkehr jenes Tages verdient manches bisher Verdrängte, nicht Erforschte, zu wenig Beachtete gründlicher untersucht zu werden. Um der Lehren willen für die Bewahrung parlamentarischer Demokratie in den konfliktreichen Auseinandersetzungen heute.

Was dabei kritisch zu hinterfragen ist, sei am Beispiel von Reinhold Maier kurz skizziert.

Reinhold Maier 1947 vor einem Untersuchungsausschuss

Reinhold Maier war 1933 bis 1945 nicht wie Lex Beamter des Nazi-Innenministeriums, sondern ein von den Nazis drangsalierter Rechtsanwalt.¹³ Nach 1945 wurde er Bundesvorsitzender der FDP und Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg. Ein 1947 gebildeter Untersuchungsausschuss sollte die Frage klären, warum Reinhold Maier als Reichstagsabgeordneter der Staatspartei für das Ermächtigungsgesetz stimmte. Auslöser war ein kritischer Artikel des Journalisten und Juristen Franz Karl Maier unter der Überschrift »Traurige Geschichte«. Daraus entspann sich ein Streit »Maier gegen Maier«, der über Jahre andauerte. Franz Karl Maier hielt Reinhold Maier vor, er habe im Reichstag am 23. März 1933 »durch Wort und Tat öffentlich durch Einsetzen seines persönlichen Ansehens und seiner Machtstellung im politischen Leben wesentlich zur Begründung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beigetragen«. Reinhold Maier hingegen sah in seiner im April 1947 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtags von Nordbaden und Nordwürttemberg abgegebenen Erklärung die Sache so:

»Die Frage war am 23. März 1933 einzig und allein die, ob ein Parlament weiter besteht, auch ein entmachtetes Parlament, ob wir noch eine letzte Planke zur Verfügung hatten, auf der eine Volksvertretung vielleicht wieder Kraft gewinnen konnte.

Der Reichstag wäre an diesem Tage verschwunden. Das muss bedacht werden. Wir fünf Leute (Staatspartei) haben in voller Freiheit, vorher beschlossen, zugestimmt. Wir haben von den Versprechungen Hitlers gar nichts geglaubt. Aber die Beweisführung war die: War es ganz sicher, dass nicht noch irgendwie aus irgendeinem Grunde, den man gar nicht sehen konnte, eine Besserung zu erzielen war? Wir waren doch gewählt, um uns im Reichstag zu behaupten, und waren nicht gewählt, um den Reichstag auffliegen zu lassen.

Entscheidendes habe ich persönlich mir versprochen aus dem absolut vorhandenen Gegensatz zwischen NSDAP und Reichswehr, insbesondere den Reichswehrgeneralen. Ich bestreite jede Kausalität des Ermächtigungsgesetzes für den Ablauf der Dinge. Es wären alle

13 Wiedergabe des Dokuments aus dem Archiv des Baden-Württembergischen Landtags unter http://www.psm-data.de/ns/maier_ns_macht.htm.

Dinge genauso gegangen, es wäre mit oder ohne Ermächtigungsgesetz so gegangen.

Wenn das Ermächtigungsgesetz nicht angenommen worden wäre, wäre der Reichstag an diesem Tage schonungslos aufgefliegen. Am 23. März 1933 war die Frage lediglich die, ob der Reichstag später wieder einmal zu einem Einfluss werde gelangen können. Wer im Reichstag saß und diese Dinge sich vor Augen führte, musste sich sagen: wenn auch nur noch ein letztes Fünkchen da ist, dass die ganzen Institutionen der Verfassung, Reichspräsident, Reichsrat, Reichstag, wenigstens auch nur andeutungsweise und in den Restbeständen erhalten bleiben, muss man sich dafür einsetzen.«¹⁴

Maiers Biograph Klaus-Jürgen Matz dazu: »Jetzt wie schon früher fand er kein Wort des Bedauerns, machte er nicht die geringste Andeutung, dass sein Verhalten am 23. März 1933 – zumindest im nachhinein betrachtet – ein politisches Fehler gewesen sei. Diesen Fehler öffentlich einzugestehen, hat er auch später niemals die Kraft gefunden.«¹⁵ Und der Ausschuss? Drängte er ihn dazu? Nein. Der Untersuchungsausschuss machte sich vielmehr Maiers abwegige Auffassung zu eigen. Noch 1947, vierzehn Jahre nach dem schmählischen Ereignis, mit dem Satz »Wir waren doch gewählt, um uns im Reichstag zu behaupten, und waren nicht gewählt, um den Reichstag auffliegen zu lassen« eine Abstimmung zu rechtfertigen, die eben auf das »Auffliegen« des Reichstags und nichts anderes hinauslief, ist ein starkes Stück. Und noch schlimmer, dass ein vom Parlament eingesetzter Untersuchungsausschuss diese Rechtfertigung gutgeheißen hat.

14 Klaus-Jürgen Matz:
Reinhold Maier (1889-1971).
Eine politische Biographie,
Droste Verlag Düsseldorf
1989, S. 291.

15 Zitiert nach Otto Winzer:
Zwölf Jahre Kampf gegen
Faschismus und Krieg. Ein
Beitrag zur Geschichte der
Kommunistischen Partei
Deutschlands 1933 bis
1945, Dietz Verlag Berlin
1955, S. 34.